



Biwähriger Abonnementpreis in Breslau 2 Thlr. außerhalb inkl.
Post 2 Thlr. 1½ Sgr. Insertionsgebühr für den Raum einer
fünfseitigen Seite in Beiträgen 1½ Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-
amtlichen Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag
einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 14. Mittag-Ausgabe.

Fünfundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Sonnabend, den 9. Januar 1864.

Telegraphische Depeschen.

Stuttgart, 8. Januar. In der heutigen zur Diskussion der schleswig-holsteinischen Sache anberaumten außerordentlichen Abendstzung der Abgeordnetenkammer gab der Minister Freiherr v. Hügel zu Anfang die Erklärung ab, daß die württembergische Regierung den bereits offen, klar und ausführlich dargelegten Standpunkt entschieden festhalte. Nähre Mittheilungen über laufende Verhandlungen werde die Kammer nicht fordern.

Preußen.

Berlin, 8. Jan. [Amtliches.] Se. Majestät der König haben allernächst geruht: Den Vorsitzenden der königl. Direktion der Ostbahn und königl. Eisenbahn-Commissarien, Geh. Regierungsrath Maybach zu Bromberg, zum Geh. Ober-Regierungsrath; sowie den Geh. Baurath Friedrich Eduard Salomon Wiebe zum Geh. Ober-Baurath zu ernennen; und dem Steuer-Empfänger Sauerbronn zu Mayen den Charakter als Rechnungsraath zu verleihen.

Se. Majestät der König haben allernächst geruht, den nachbenannten Militärpersonen die Erlaubniß zur Anlegung der von des Kaisers von Russland Majestät ihnen verliehenen Orden z. zu ertheilen, und zwar: Des St. Stanislaus-Ordens zweiter Klasse: dem Rittmeister Freiherrn Senft von Pilsach vom 3. Garde-Ulanen-Regt.; des St. Stanislaus-Ordens dritter Klasse mit Schwertern u. Schleife: dem Seconde-Lieutenant Habisch vom 3. Bataillon (Glogau) 1. Niederschles. Landwehr-Regiments Nr. 6, so wie des Ehrenzeichens vierter Klasse des Kriegs-Ordens von St. Georg für Soldaten: dem Unter-Offizier Meyer, dem Gefreiten Bruntke und den Füsilierei Klemm und Baer — sämtlich vom 1. Bataillon Grenadier-Regt. Nr. 6.

[Se. Maj. der König] nahmen heute die Vorträge des Ministers des königl. Hauses, Freiherrn v. Schleinitz, und des General-Adjutanten, General-Lieutenants Freiherrn v. Mantuelli, entgegen und empfingen den General-Feldmarschall, Freiherrn v. Wrangel, mit den sämtlichen zum Stabe des Ober-Befehshabers gehörigen Offizieren, ferner den General der Infanterie v. Schack, den Ober-Schloßhauptmann Grafen v. Keller, den General-Lieutenant zur Disposition v. Frobel und den Feldprovost der Armee, Ober-Consistorial-Rath Thielen.

(St.-Anz.) [Der Bruder des Herzogs Friedrich von Schleswig-Holstein] hat, wie die „B. Abendtg.“ vernimmt, um seinen Abschied aus der preußischen Armee gebeten. Zu diesem Schritte soll ihn die unangenehme Situation, in die er in den offiziellen Kreisen nach den neuesten Ereignissen in Holstein gerathen ist, veranlaßt haben. Man erzählt, der Prinz habe vergeblich dagegen protestirt, daß sich sein Bruder mit der deutschen Volksbewegung verbündet habe, wie er versichert, daß falls die Großmächte die Ansprüche des Herzogs Friedrich auf seine Erbschaft unterstützen, dieser die Bewegung Deutschlands öffentlich desavouiren würde. Diese Betheuerungen sollen aber keine sehr günstige Aufnahme gefunden haben. Uebrigens sind diese Belehrungen nicht über!

[Auch eine russische Note.] Dem Vernehmen nach ist eine russische Note an die Bundesversammlung unterwegs, welche die von England versuchte Pression auf den deutschen Bund in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit verstärken soll.

[Die Einigkeit zwischen den deutschen Großmächten.] Der telegraphisch gemeldete Artikel der „Nordd. Allg. Ztg.“ lautet wie folgt: „Wie wir hören, werden Preußen und Österreich an diejenigen Staaten, welche dem bekannten, den Aufenthalt des Erbprinzen von Augustenburg in Holstein betreffenden Präsidialantrage nicht beigestimmt haben, eine identische Note richten, um die Politik der in der Minorität gebliebenen Stimmen zu motiviren und weitere Entschließungen sich vorzubehalten. Es bestätigt sich wiederum dadurch, daß über die in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit einzunehmende Haltung vollständige Übereinstimmung zwischen der preußischen und österreichischen Regierung herrscht. Auch sollen die Großmächte, wie wenigstens eine Depesche der wiener „Presse“ wissen will, in einer am Bunde abzugebenden Erklärung einig sein, daß sie an der Occupation Schleswigs, falls diese beschlossen würde, sich nur dann zu beteiligen vermöchten, wenn lediglich sie (Preußen und Österreich) mit der Ausführung derselben betraut würden.“

K. C. Berlin, 8. Jan. [Art. 99 der Verfassung.] Die zur Vorberatung des Gesetzentwurfs wegen „Ergänzung“ des Art. 99 der Verfassung eingezogene besondere Commission des Hauses der Abgeordneten hat gestern ihre Arbeiten in einer Sitzung erledigt; der Finanzminister war selbst anwesend; Abg. Gneist referierte; nach kurzer Verhandlung beschloß die Commission einstimmig, den Gesetzentwurf abzulehnen; die Ablehnung soll von einer kurzen Motivirung begleitet werden.

[In der Untersuchungskommission des Hauses der Abgeordneten] war gestern zum erstenmale die Staatsregierung vertreten. Wegen der die Requisitionen der Untersuchungskommission ablehnenden Antwort, schreibe des Handelsministers und des Ministers des Innern, sowie wegen des an die Böhrden erlassenen Verbots, den Requisitionen der Commission ihrerseits Folge zu leisten, war nämlich an das Staatsministerium die Anfrage gerichtet worden, ob diese Schritte mit seiner Genehmigung erfolgt seien. Als Commissar des Staatsministeriums erschien nun Geh. Rath Hegel, und erklärte amtlich, das Staatsministerium bejahe beide Fragen; die in Rede stehenden Antwortschreiben sowie das erwähnte Verbot beruheten auf einem Beschuß des Staatsministeriums. Die Commission wird in dieser Sache baldigst einen besondern Bericht an das Haus erstatten.

[Die Militärkommission des Hauses der Abgeordneten] hielt heute ihre erste Sitzung. Der Kriegsminister war mit mehreren Commissarien anwesend. An ein längeres Referat des Abg. Gneist über die politische und rechtliche Seite der Militärfrage, knüpfte sich eine allgemeine Debatte, bei der, wie es in dieser bis zur Er müdung durchgesprochenen Frage zu erwarten stand, die alten Gegenseite wiederum einander gegenübertraten. Die Verhandlungen kamen nicht über das Stadium der allgemeinen Debatte hinaus.

[Interpellation.] Die Abg. Hoyer und Schmiede haben eine ausreichend unterstüzt Interpellation eingebracht, in der eine abermalige Grenzverletzung durch Kojaten, sowie eine dabei erfolgte Misshandlung preußischer Staatsangehöriger constatirt ist; ein Piquet Kojaten ist in eine preußische Mühle gedrungen, deren Eigentümer die von flüchtigen polnischen Insurgenten niedergelegten Waffen in Besitz genommen hatte, haben dort Stuben und Kisten erbrochen, den Mühlenteile genutzt, die Frau bedroht. Der Vorfall ist auf dem Gute Schönau geschehen.*)

Auf die Vorstellung der Frau des Mühlenteiles, die Russen hätten kein Recht, bewaffnet nach Preußen herüberzukommen, und noch vielweniger auf preußischem Gebiete Gewaltthäufigkeiten zu verüben, haben die Russen geantwortet, sie hätten dazu wohl das Recht, da jetzt die preußische und die russische Regierung ein und dasselbe sei und im Falle des Widerstandes dürften sie sogar das Geschöft anjünden. Einem flüchtigen Polen haben die Kojaten auf preußischem Gebiete gefangen genommen und mit sich fortgeführt. Außerdem heißt es in der Begründung der Interpellation: „Unter den Kojaten befan-

*) Der Vorfall ist schon in einer früheren Nr. der Breslauer Zeitung aus Neidenburg berichtet worden. D. R.

den sich solche Personen, welche früher in der Nähe von Schönau längere Zeit als Grenzsolaten gestanden hatten und in Folge dessen die Grenze genau kannten. Der Himmel war an diesem Tage wolkenfrei, der Tag hell. Die Grenzfähre waren zur Zeit des Übertritts der Russen auf preußisches Gebiet deutlich erkennbar.“ Die vorgetragenen Thatachen sind nach Angabe der Interpellanten zuverlässig. Die Anfrage an die Staatsregierung geht darin, welche Schritte zur Genugthuung und Bestrafung dieselbe gethan habe oder thun werde.

[Stellvertretungskosten.] Auf die Beschwerde der juristischen Beamten-Abgeordneten, betreffend die Heranziehung zu den Stellvertretungskosten, hat der Justizminister Graf zur Lippe in diesen Tagen die Einwendung der Rechte des Obergerichte gefordert, um zu ersehen, ob dieselben seiner Anordnung gemäß ausgefallen seien. Außerdem hat er die Angabe des Betrages gewünscht, welcher am 1. Januar den Beamten gefürwortet worden ist. Es sind von der in Stelle stehenden Maßregel namentlich die richterlichen Beamten des Abgeordnetenhauses betroffen worden; sehr viele Verwaltungsbeamte haben einen Stellvertreter auf Stellvertretungskosten erhalten.

[Gegen Regierungsrath Jacob] soll jetzt auch noch eine Untersuchung beantragt sein wegen Annahme von Geschenken in Beziehung auf sein Amt. Der Thatbestand soll in Folgendem liegen: Jacob patronisierte in Berlin verschiedene Wohltätigkeitsanstalten und soll Versicherungsgesellschaften, welche einen Theil ihres Eingewinns auf gemeinnützige Zwecke verwenden, veranlaßt haben, jenen Wohltätigkeitsanstalten Unterstützungen zuzuwenden. Dieses soll dann den Erfolg gehabt haben, daß verschiedene Gesellschaften ihm Geldbeträge dafür eingesandt haben, und darin, daß er diese Beträge für Wohltätigkeitsanstalten annahm, soll die „Annahme von Geschenken“ gefunden werden. Daß er diese Gelder zum eigenen Nutzen verwendet habe, wagen auch seine ärgsten Feinde nicht zu behaupten.

[Reg.-Präf. Kühlwetter.] Die „Kreuzzeitung“ berichtet: „Aus Wachsen wird uns geschrieben, daß dort in den letzten Tagen vielfach das Gericht von der allerhöchsten Orts gewährten Dienstentlassung des Regierungspräsidenten Kühlwetter verbreitet war. Wir hören aber aus zuverlässiger Quelle, daß dieses Gerücht der Begründung entzieht. Herr Kühlwetter soll allerdings vor längerer Zeit (wenn wir nicht irren, in Folge der Bestätigung des Bürgermeisters Conzen) seinen Abschied nachgesucht haben; doch ist ihm derselbe, wie uns bestimmt versichert wird, nicht bewilligt worden. Wenn in der Sache erst jetzt eine Entscheidung erfolgt ist, so scheint es eben diese ablehnende zu sein. Hiermit dürfte auch die erfolgte Verleihung des Sterns zum rothen Adlerorden 2. Klasse zusammenhängen.“

[Gegen die Veröffentlichung der Commissions-Verhandlungen] bringt die „Nordd. Allg. Ztg.“ folgenden offiziellen Artikel: „Die indirekte und unverläßige Art, in welcher über die Commissionsverhandlungen des Abgeordnetenhauses in lithographirten und anderen von Mitgliedern des Hauses herrührenden Correspondenzen berichtet wurde, veranlaßte die Staatsregierung befannlich schon vor Jahr und Tag, das Präsidium des Hauses um Abstellung dieses Nebelstandes zu ersuchen. Da dies zunächst ohne Erfolg blieb, mußte es sich die Staatsregierung während der letzten Sessionen versagen, in den Commissionen auf weitere vertrauliche Erörterungen einzugehen.“

[Beim Beginn der gegenwärtigen Session schien eine günstigere Wendung wenigstens in der äußeren Stellung des Abgeordnetenhauses zur Regierung auch in der Beziehung eintreten zu sollen, daß jener Ungehörig indirekter Berichterstattung über die Commissionsverhandlungen endlich ein Ziel gesezt werde. Die wichtigsten Commissionen, so hieß es, hatten Vorkehr getroffen, daß die Publication ihrer Verhandlungen namentlich durch die sog. Kammer-Correspondenz nicht wieder stattfinden könne.“

Im Vertrauen hierauf konnte die Regierung sich dem früheren Herkommen gemäß in den Vorberathungen der Commissionen wieder freier und unbefangen äußern, als es in den letzten Sessionen der Fall gewesen war.

Leider ist in der gegenwärtigen wichtigen Situation jenes Vertrauen der Regierung wieder auf die bedenkliche Weise getäuscht und gemißbraucht worden. Mitteilungen und Erörterungen, welche nach der Natur des Geigenstandes nur in der Zuversicht einer streng vertraulichen Behandlung stattfinden konnten, sind in der „Kammer-Correspondenz“ und in Privatberichten bekannter parlamentarischer Publizisten ohne Weiteres auf die rücksichtslose und indirekte Weise in die Öffentlichkeit gebracht worden. Abgelebten von der Unangemessenheit solcher Publicationen an und für sich, leuchtet ferner ein, daß dieselben, indem sie nur einzelne Auszüge theils ungenau, theils tendenziös und ohne Rücksicht auf den Zusammenhang wiedergeben, in welchem allein sie ihre rechte Bedeutung haben, nicht im Entferntesten dazu dienen können, über den wirklichen Inhalt, Verlauf und Charakter der betreffenden Verhandlungen aufzuklären.

Die Veröffentlichungen über die Verhandlungen der Anleihe-Commission geben hierzu einen neuen schlagenden Beweis.

Die Regierung kann im Interesse des Landes und der Landesvertretung selbst gewiß nur beklagen, daß letztere nicht im Stande zu sein scheint, jenem Missbrauche, welchen einzelne Mitglieder mit ihrer Stellung theils im Partei-, theils in ihrem Privat-Interesse treiben, zu steuern und dadurch eine offene und ehrliche Behandlung der Dinge im Schoohe der Commissionen auch für die Zukunft zu ermöglichen!!

[Nach der ersten Nummer des jetzt hier erscheinenden „Volksgarten“] wurde gestern in öffentlichen Lokalen polizeiliche Nachfrage gehalten.

Köln, 7. Jan. [Bischof Arnoldi †.] Nach einer hier eingegangenen telegraphischen Nachricht ist heute Mittag der Bischof Arnoldi von Trier an einem Schlagflusse plötzlich gestorben.

Deutschland.

München, 6. Jan. [Erbitterung gegen Österreich.] Wir machen schon früher darauf aufmerksam, daß namentlich gegen Österreich die Erbitterung den höchsten Grad erreicht habe. Neuestens liefert der „Volksbote“ einen Beitrag hierzu. Dieses Blatt vertrat von jener Österreichs Interesse mit solcher Entschiedenheit, daß dessen Redakteur 1859 den Franz-Joseph-Orden erhielt. Jetzt hat es sich ganz von Österreich abgewendet, ohne dabei seiner kirchlichen Tendenz untreu geworden zu sein. Es wirkt Österreich vor, daß es sich gern als die „erste deutsche Großmacht“ brüste, aber dennoch eine bedauernswerte „Furchtpolitik“ treibe und sich von England einschüchtern lasse. Ferner sagt der „Volksbote“:

Aber wenn Österreich für Benedix fürchtet, wegen Ungarns und Galiziens fürchtet, wird der Grund dieser Furcht am Ende etwa dadurch bestätigt, daß man Deutschlands Recht und Ehre in den Herzogthümern England zu Gefallen preisgibt! Glaubt man in Wien, England werde im Fall eines Angriffs auf Benedix und auf Südtirol auch nur ein Korn Pulver verbrennen? oder für das Erbrecht des Kaisers auf Ungarn mehr als höchstens ein paar Bogen Notenpapier drucken, weil das wiener Kabinett das Erbrecht des Herzogs Friedrich preisgibt? Oder sind die baumwolligen Sympathien Englands für Österreich wirklich so viel wert, daß es dafür sich all und jeder Sympathie Deutschlands beraubt und der deutschen Nation den thathaften Beweis liefert, weichen es sich von seiner „ersten Großmacht“ zu versetzen habe? Aber während die Großmächtigkeit solcher Weise ihre Furcht vor dem Auslande öffentlich zur Schau stellt, zeigt sie gar große Courage den deutschen Mitteln und Kleinstaaten gegenüber und sucht diese mit Noten und wer weiß was ins Bockhorn zu jagen! Um so mehr haben aber eben die Mittel- und

Kleinstaaten vollste Ursache, mit ganzer Entschiedenheit aufzutreten; denn wenn sie der furchtbarlichen Großmächtigkeit gegenüber dies für Deutschlands Recht und Ehre nicht thäten, so wäre ihre ganze Stellung eine verlorene.“

Eigentümlich ist auch, daß der „Volksbote“ Österreich darauf verweist, daß es sich wegen der bekannten „Bullenbeißer-Note“ an den Bund nicht vor England zu fürchten brauche, „daß jüngst die Maulschellen des Fürsten Gortschakoff allerzähmest eingesteckt hat und darob förmlich zu Kreuz gekrochen ist!“

Frankfurt, 7. Jan. [Die neueste englische Note.] In der heutigen Bundesversammlung wurde vom Präsidium die neueste Note Lord John Russell's mitgetheilt. Die englische Note lädt den Bund abermals ein, einer in Paris oder in London abzuhalten Konferenz der Unterzeichner des londner Vertrages beizustimmen und sich auf derselben vertreten zu lassen. Der Bund möge sich dazu entschließen, ehe ein Krieg ausbricht, von dem Niemand weiß, welche Ausdehnung er gewinnen könnte. Die englische Note bestreitet dem Bunde das Recht, die Ansprüche der Krone Christian's IX. auf Schleswig-Holstein von Bedingungen abhängig zu machen, und erblickt nur in der Erfüllung des londner Tractats eine Garantie für die Heiligkeit der Verträge und des europäischen Bestandes. Die englische Note an den Bund ist gleichzeitig an alle Unterzeichner des londner Vertrages gerichtet worden.

Kassel, 4. Jan. [Freisprechung.] Das hiesige Obergericht hat das Urtheil des Criminalgerichts, welches den Hauptmann a. D. Dör von der Anklage wegen Majestätsbeleidigung (die in der Broschüre „Staatsdiener und Staatschwäche der Gegenwart“ gefunden wurde) freisprach, bestätigt. (Fr. J.)

Leipzig, 7. Jan. [Österreichische Truppen.] Nach einer bei dem Rathe eingegangenen Verordnung des königl. Kriegsministeriums wird „möglichst“ in nächster Zeit ein österreichisches Truppen-Corps von 10,000 Mann unsere Stadt passiren, dessen Fahrdisposition vorläufig geregelt worden ist. (D. A. 3.)

In Sachsen Schleswig-Holstein. △▽ Bon der Elbe, 7. Jan. [Die Österreicher populär. — hr. v. Bismarck.] Die Österreicher sind an einem einem einzigen Tage, und zwar an dem heutigen, in Hamburg ziemlich populär geworden. Als nämlich in den heutigen Vermittlungsstunden auf der holländischen Reiche in einer Delfabrik Feuer ausbrach, waren die österreichischen Soldaten die ersten, welche zur Dienstleistung herbeieilten, und als dann später das Feuer sich weiter entwickelte, gab der persönlich eingetroffene Brigadechef, Generalmajor Graf Gondrecourt, die Erklärung ab, daß er nöthigenfalls seine gesamte Mannschaft zur Verfügung stellen würde. Auch in dem hiesigen Germania-Club haben sich gestern mehrere österreichische Offiziere sehr zuvorkommend, ja sogar patriotisch gezeigt, indem dieselben in der Eigenschaft von Ehrengästen an einer Einführung für Schleswig-Holstein sehr nennenswert sich beteiligten. — Die schon im Jahre 1852 sehr unfreundliche Haltung des Herrn von Bismarck, den Herzogthümern Schleswig-Holstein, speziell den berechtigten augenblicklichen Thron-Ansprüchen gegenüber, wäre kaum schlagender zu beleuchten, als durch ein Citat aus einer soeben von der dänischen Regierung zu ihrer Rechtfertigung herausgegebenen Broschüre, betitelt der Herzog von Augustenburg und seine Absindung durch die königlich dänische Regierung.“ In der gedachten Broschüre heißt es nämlich Seite 9 wörtlich wie folgt: „Bon diesen Anerbietungen (2,225,000 Thaler preußisch für die schleswig-holsteinischen Güter des Herzogs) wurde nun dem Herzoge vorläufig durch Herrn von Bismarck Mittheilung gemacht, wobei derselbe ihm abermals die Folgen der Nicht-Annahme entwickelte, indem er vorstellte, wie er nur von Revolution oder allgemeinem Kriege etwas für seine angeblichen Erbrechte hoffen könnte. Eine abermalige Revolution, ohne Zweifel sozialer Natur, würde ihm nicht eine Krone bringen, sondern auch das nehmen, was er jetzt noch hätte. In einem allgemeinen Kriege würde die Integrität der dänischen Monarchie, deren entgegengesetztes Symbol er (der Herzog) nun einmal sei, von keiner europäischen Macht etwas zu fürchten haben. Gegen diese Integrität zu höchstens Preußen gewesen, das aber in jeder europäischen Krisis mit Russland gehen (hat sich leider bis jetzt nur zu sehr bemüht), also nicht gegen dessen An- und Absichten in der dänischen Frage handeln werde, überhaupt Erfahrungen genug gesammelt habe, um lieber eine einheitliche dänische Monarchie am Sunde, als die dänischen Inseln ohne die Herzogthümer in den Händen Russlands oder Großbritanniens zu sehen. Der Herzog habe also für sich und die Seinen auch von Preußen nichts Weiteres zu erwarten.“ Da bedarf es meines Erachtens keines weiteren Commentars.

Aus dem Lauenburgischen, 6. Januar. [Die dänische Agitation.] Die schon Jahrzehnte dauernden Verfassungskämpfe zwischen Schleswig-Holstein und Dänemark liefern Lauenburg ganz unberührt. Unser Ländchen, das neben drei kleinen Städten sehr überwiegend einen reichen Bauernstand enthält, fühlte sich wohl unter einer Regierung, die es in keiner Weise wie Schleswig-Holstein drückte und die alten Landesrechte nie verlebte; trotz der vielen feudalen und veralteten Institutionen, des gänzlichen Mangels an Gewerbebefreiheit und Freiheitlichkeit, war der Wohlstand so groß, daß namentlich der Grundbesitz keine Veränderung wünschte. Über die Erbfolgefrage und eine mögliche Trennung von Dänemark hatte Niemand nachgedacht. So ward das Land, selbst die Mehrzahl der Gebildeten, beim Tode Friedrichs VII. durch diese von außen an dasselbe herantretende Frage vollständig überrascht, und die Beamten leisteten bona fide den in aller Eile abgeforderten Eid. Da aber allmählich nun auch im Lande Stimmen gegen die Gültigkeit der dänischen Erbfolge für Lauenburg sich erhoben (besonders zu erwähnen ist die Erklärung des Landsyndicus Wittrock, der die stete Gültigkeit des Gesetzes aus der Geschichte des Landes nachwies), so begannen von der anderen Seite die dänischen Agitationen. Anonyme Aufrüttungen zu Loyaltäts-Adressen an den dänischen König, unterschrieben von einigen Angestellten und Bürgern der Stadt Rendsburg“ (nicht unwahrscheinlich auf Anregung offizieller Kreise), wurden unter die Dorfschulen zur Verbreitung unter den Bauern vertheilt. Um diesen die Sache recht bequem zu machen und sie möglichst zu überrumpeln, legte man neben der Aufrüttung, dem König seine Treue und Unabhängigkeit fund zu thun, bereits eine gedruckte Loyaltäts-Adresse in den Brief ein; ja sogar ein Couvert mit der Adresse an den König, eine Oblate und Briefmarke ward beigegeben. Dennoch gelang diese Intrigue nur in wenigen

